

Abg. Dr. Böhme (kons.) beantragt als Berichterstatter, den abweichenden Beschlüssen der Ersten Kammer beizutreten, da die Prüfung ergeben habe, daß die Abweichungen zum größten Teil Verbesserungen darstellen.

Abg. Uhlig (Soz.): Auch seine Parteifreunde in der Deputation seien den Beschlüssen der Ersten Kammer beigetreten, obgleich sie gegen einzelne Punkte Ausstellungen zu erheben hätten. Es sei gewünscht, um jede Verzögerung der Erledigung der Angelegenheit zu vermeiden, Redner tritt für eine baldige Ermäßigung der Getreidepreise und der Schweinefleischpreise ein. Bei der Festsetzung der Preise müßten vor allem die Lebensinteressen der Bevölkerung berücksichtigt werden, nicht das Profitbedürfnis. Eine merkwürdige Erscheinung sei das plötzliche Aufstauen so großer Vorräte an Auslandsfleisch und Auslandsgetreide. Die fortwährende Erhöhung der Milchpreise bringe die größte Gefahr für das kommende Geschlecht in sich. In bezug auf die Kartoffelverversorgung ständen wir infolge der wiederholten Erhöhung der Höchstpreise vor der schwersten Katastrophe. Wir wünschen, daß die Regierung mit der notwendigen Entschiedenheit in Berlin eintritt, in dem Bewußtsein, daß sie die Lebensinteressen von 5 Millionen Menschen zu vertreten hat.

Präsident Dr. Vogel tritt auf eine Anfrage des Vordruckers mit, daß die Interpellation betr. die Milchpreise zur Beratung kommen werde, sobald die von der Regierung angefertigten Erörterungen zum Abschluß gelangt seien.

Staatsminister Graf Balthasar v. Eckstädt: Die Uebereinstimmung, in der beide Kammern sich bezüglich der vorliegenden Fragen befinden, begrüße ich mit um so größerer Genugthuung, als ich mich schon früher grundsätzlich mit den Wünschen und Grundgedanken einverstanden erklärt habe. Leider hat die Entwicklung der letzten Wochen gezeigt, daß die Verhältnisse, namentlich auf dem Gebiete der Preissteigerung, sich als härter erwiesen, als die Wünsche und Absichten, mit denen sich die Regierung mit den Kammern einig war. Den Ausführungen des Vordruckers gegenüber muß ich betonen, daß eine Festsetzung der Preise unter ausschließlicher Berücksichtigung der Interessen der Konsumenten schlechterdings nicht durchführbar ist. Sie würde nicht nur die Einfuhr aus dem Auslande völlig abschneiden, sondern auch den Anreiz zur Produktion vermindern. Die Bevölkerung würde dann zwar billigere Preise haben, aber dafür nichts bekommen. Die starke Steigerung der Kartoffelpreise, die mit dem 15. März eintritt, gehört zweifellos zu den bedauerlichsten Erscheinungen, die wir in dieser Zeit erleben müssen. Die neuen Preise sind nicht vom Bundesrat, sondern vom Reichskanzler ohne vorheriges Gehör der Bundesregierungen festgesetzt worden auf Grund der ihm erteilten Ermächtigung. Ich bin daher auch nicht in der Lage, diese Preisfestsetzung zu rechtfertigen. Sie hat die sächsische Regierung, die einen abfallenden Preis für möglich erachtete, völlig überrascht. Ganz besonders erschüttert es mir als eine dringende Notwendigkeit, für eine ausreichende Ernährung der Kinder Sorge zu tragen, die im Interesse unserer Zukunft und der Menschlichkeit in allererster Linie übergeordnet werden muß. Die Regierung hat sich weiter entschlossen, für die Erleichterung der ärmsten Schichten der Bevölkerung monatlich weitere 250 000 Mark zur Verfügung zu stellen, die in angemessenen Verhältnissen an die Gemeinden zu verteilen und im Verein mit den von den Gemeinden selbst zu dem gleichen Zwecke bereitgestellten Mitteln zur Verbilligung der Lebensmittel für die Ärmsten zu verwenden sein werden. (Bravo-Rufe.) Es ist der Regierung nicht leicht gefallen, einen solchen Weg zu beschreiten, denn der monatliche Aufwand des Staates für Kriegswohlfahrtszwecke wird sich dadurch künftig auf 1 1/2 Millionen Mark belaufen. In dieser Summe ist aber noch nicht einmal der von Monat zu Monat steigende Aufwand eingeschlossen, der für die Textilarbeiter-Fürsorge nötig ist. Ich zweifle nicht, daß es uns gelingen wird, wenigstens die schlimmsten Schäden der allgemeinen Teuerung zu beseitigen. (Beifall.)

Abg. Schönfeld (kons.): Die Anträge sind das Ergebnis einer eingehenden Beratung in der Gesetzgebungsdeputation, und da sie in beiden Säulern in Uebereinstimmung mit der Regierung gefaßt worden sind, so geben sie ein getreues Bild der gegenwärtigen Verhältnisse. Die wichtigste Frage ist zweifellos die Regelung der Kartoffelverversorgung. Man kann nicht sagen, daß die Maßnahmen, die hier getroffen worden sind, glücklich wären. Deutschland erhebt genug Kartoffeln. (Zuruf von sozialdemokratischer Seite: Wo sind sie denn?) Sachen hat unter den Verteilungsmaßnahmen besonders zu leiden; die Regierung hätte gegenüber dem Reiche anders auftreten sollen. Man hätte die milde Bitterung im Januar benutzen sollen, die Mägen zu öffnen. Es steht nicht nur für die Verbraucher, sondern auch für die Landwirte in einzelnen Kommunalverbänden sehr schlimm. Bedauerlicherweise ist vielfach Saatgut mit verwendet worden. Für Saatkartoffeln müssen unbedingt Höchstpreise eingeführt werden. Die Landwirtschaft hat den guten Willen, zu helfen, und der Staat setzt uns in die Lage, auch die letzte Reserve aus dem Boden zu holen, nur soll man sich später auch erinnern, daß die Landwirtschaft Unterstützung braucht.

Abg. Nischke-Neubach (natl.): Meine politischen Freunde werden dem Beschluß der Gesetzgebungsdeputation zustimmen, und zwar, damit ein einmütiger Beschluß des Landtages zustande kommt. Einige Punkte sollen aber nicht unerwähnt bleiben. Mit großer Besorgnis beobachten wir das Steigen der Milchfleischpreise. Es ist zu befürchten, daß dadurch der Futterwert der Kartoffeln eine übermäßige Höhe erreicht und noch mehr Kartoffeln als jetzt schon der menschlichen Nahrung entzogen werden.

Regierungskommissar Geh. Rat Dr. Koch: Der Abgeordnete Dr. Böhme hat einige Anfragen an die Regierung gerichtet. Wegen der Zuschläge kann ich heute schon die Hoffnung aussprechen, daß es mindestens für die neue Ernte möglich sein wird, eine gewisse Vereinheitlichung auf diesem

Gebiete durchzuführen. Was die Verwertung des Weidengrafs für Fütterungs- und Streuzwecke anlangt, so hat die Reichsstelle für Futtermittelverwertung bereits mit der Verarbeitung begonnen, und auch nach Sachsen wird ein entsprechender Anteil kommen. Was drittens die Verwendung von Sägespänen als Streu anlangt, so erscheint es der sächsischen Regierung zweifelhaft, ob hier gesetzliche Maßnahmen notwendig sind. Hinsichtlich der Kartoffelverversorgung ist nicht die Frage der Beschaffung, sondern die der Verteilung die wichtigste. Die sächsische Regierung war auf dem besten Wege, den Großhandel zur Kartoffelverorgung zuzuziehen, als die Reichsleitung mit den Höchstpreisen kam. Diese machten es dem Handel unmöglich, mitzuwirken.

Nach mehreren Bemerkungen des Abg. Uhlig gegen den Minister und den Abg. Nischke werden die Deputationsanträge einstimmig angenommen.

Sodann wurde in die Schlußberatung über den schriftlichen Bericht der Reichstags-Deputation, über den Antrag der Abgg. Günther (fortsch. Vp.) und Genossen auf Kriegshilfe für den Mittelstand und die Angehörigen der freien Berufe eingetreten. Berichterstatter Abg. Dr. Dietel (fortsch. Vp.) beantragte, die Anträge nach den Beschlüssen der Deputation anzunehmen. Im Laufe der sich hieran entwickelnden Debatte befragte die Abgeordnete v. Byern (kons.), Rosner (kons.), Günther (fortsch. Vp.) und Wiener (kons.) die Deputationsanträge. Ihre Erzeugnisse die Staatsminister Graf Balthasar v. Eckstädt und v. Seydewitz antworteten namens der Regierung, die lediglich bei der Frage der Haftung für Darlehen und Zinsen eine andere Haltung als die Deputation einnehme und von ihrer Forderung, daß die Gemeinden bis zu drei Viertel für die Darlehen haften sollten, nicht abgehen könne.

Die Anträge der Deputation finden einstimmige Annahme; nur gegen die beantragte Haftung der Gemeinden für die Hälfte des Darlehns stimmen die Sozialdemokraten.

Den letzten Punkt der Tagesordnung bildet die Beratung über die Petition des Gutsbesizers Alfred Gelfert in Frankenstein um nachträgliche Erhöhung der Entschädigung für sein bei der Mobilmachung von der Militärverwaltung angekauftes Pferd. Das Haus beschließt nach kurzer Aussprache, an der sich die Abgg. Schönfeld, Träber, Pär und Dr. Böpel beteiligen, die Petition der Regierung zur Erwägung zu überweisen.

Nächste Sitzung: Mittwoch vormittag 11 Uhr.

Der Weltkrieg

Oesterreichisch-ungarischer Kriegsbericht

Wien. (W. T. B.) Amtlich wird verlautbart den 7. März 1916:

Russischer Kriegsschauplatz.

Bei Starobilka waren Abteilungen der Armee des Generalobersten Erzherzog Joseph Ferdinand den Feind aus einer Verchanzung und setzten sich darin fest. Nordwestlich von Tarnopol vertrieb ein oesterreichisch-ungarisches Streifkommando die Russen aus einem 1000 Meter langen Graben. Die feindliche Stellung wurde zugeschnitten. Sowohl in dieser Gegend als auch am Dnepr und an der beserbischen Grenze war gestern die Geschäftstätigkeit beiderseits reger.

Italienischer und Südösterreichischer Kriegsschauplatz.

Lage unverändert. Keine besonderen Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes: v. Höfer, Feldmarschall-Leutnant.

Der türkische Bericht

Konstantinopel, 7. März. (W. T. B.) Das Hauptquartier meldet: An der Front wurden die Versuche des Feindes, sich den Stellungen im Abschnitt von Zelahie zu nähern, verhindert. Bei Kut-el-Amara keine Veränderung. An der Kaukasusfront herrscht offensichtlich Ruhe. Feindliche Kriegsschiffe, unterstützt von Flugzeugbeobachtern, eröffneten zeitweilig ein Demonstrationsfeuer gegen die Dardanellenengen, welches unwirksam blieb. Zwei feindliche Kreuzer wurden getroffen. Unsere Flieger verhinderten von feindlichen Flugzeugen wiederholt unternommene Erkundungsversuche.

Vom westlichen Kriegsschauplatz

Die Eroberung des Dorfes Fresnes, die der gestrige deutsche Tagesbericht meldete, ist nicht ohne große Bedeutung. Fresnes gilt als Vorstellung von Les Esparges, einem bedeutenden Fort, und ist als solche stark ausgebaut worden. In französischen Blättern wurde vor einiger Zeit Fresnes als sehr verteidigungsfähig gehalten, zumal es von Les Esparges und von der Höhe von Trefaux (368 Meter) durch Fernfeuer unter Aufsicht gehalten werden kann. Nun hat die starke Befestigung und die Aussicht den Franzosen nichts genügt. Fresnes ist in deutschem Besitz und damit ist das größte Dorf in der Woivre-Ebene in unseren Händen. Der deutsche Geländegewinn ist mittlerweile so groß geworden, daß die Franzosen nicht in der Lage sind, im Gebiet von Verdun eine Ausfallstellung zu nehmen und über zureichendes Gebiet für den Aufmarsch mobiler Kräfte zu verfügen. Die deutschen Truppen dagegen können den errungenen Vorteil ausnützen. Sie besetzen wohl die augenblickliche Pause zum Befestigen ihrer Stellungen und zum Heranbringen der schwereren Geschütze. Eine Festung wie Verdun wird nicht in einer Woche genommen, denn da ist jeder Zoll besonders zu erkämpfen, weil der Feind nicht nur Zeit gehabt hat, die ganze Gegend nach allen modernen Regeln zu besetzen, sondern weil er

auch fortwährend Kräfte heranzieht, die einen erbitterten Widerstand leisten. Man denke vor allen Dingen, daß die Franzosen zahlreiche Höhenstellungen besetzen, die von uns erkaämpft sein wollen und man bedenke, daß den Franzosen über die deutschen Soldaten eine Fülle von Schauer- geschichten beigebracht worden sind, damit der Kampfesmut belebt werden soll. Trotzdem ist es gelungen, die Franzosen immer mehr zurückdrängen. In dem französischen Tagesbericht ist sogar die Einnahme von Jorges gemeldet. Der deutsche Bericht enthält davon nichts. Sollte sich die Nachricht bestätigen, so wäre den bisherigen Erfolgen ein neuer günstiger hinzugesetzt worden. Die Kriegslage wird nicht nur in deutschen, sondern auch in neutralen Blättern als für uns günstig bezeichnet. So schreibt der „Zürcher Tagesanzeiger“ über die Kriegslage vor Verdun: Die Deutschen verbessern weiter ihre Stellungen auf der Nordfront Verduns. Damit ist die von französischer Seite aufgestellte Behauptung einer Einschließung der deutschen Angriffsarmee widerlegt. Die Gefahr einer Sprengung des Verduner Festungsgürtels an der Nordseite durch die Deutschen ist für die Franzosen gesteigert.

Nach Mitteilung der Blätter von Le Havre wird bekannt, daß es die ersten Truppen Frankreichs waren, die nördlich Verdun von den deutschen Sturmern überrannt worden sind. Vier bretonische Regimenter gingen in deutschen Ansturm verloren. Der Nachschub setzt sich ausschließlich aus Stanntruppen der Ricardie zusammen, die unter der Führung des Generals Betain den Durchbruchversuch im Artois unternahmen.

Weiter vernehmen wir, daß die französischen Verluste geradezu unheimlich sind. Da französische Sanitätspersonal und französische Lazaretteinrichtungen an manchen Stellen nicht mehr vorhanden sind, wurden die Rotlazarette von englischen Sanitätsabteilungen eingerichtet. Die französische Regierung hat das amerikanische Rote Kreuz um weitere Unterstützung gebeten. Zu den herangeführten Reservisten der Franzosen bei Verdun gehören auch mehrere Regimenter, die sich aus 18- und 17-jährigen Rekruten zusammensetzen, deren Ausbildung noch nicht ganz abgeschlossen war.

Neuer meldet aus London: Lord Northcliffe, der die Front in Frankreich besuchte, beschreibt in seinem Blatte „Times“ die Schlacht bei Verdun. Die Verluste der Franzosen seien unbeschreiblich. Die kriegsgefangenen Deutschen stammten aus allen Teilen Deutschlands. Die Kommandanten der Franzosen seien alle ziemlich jung. Es sei unmöglich, zu sagen, wie lange die Schlacht noch andauern würde.

Die „Times“ schreibt in einem Leitartikel über den Bericht des Lord Northcliffe, man könne mit ziemlicher Sicherheit annehmen, daß der Kampf seinen Höhepunkt noch nicht erreicht habe.

Die Beschießung von Reims scheint wieder aufgenommen zu sein. Von der schweizer Grenze wird darüber gemeldet: „Die Beschießung von Reims dauert mit zunehmender Heftigkeit an. In den Abendstunden des vergangenen Mittwochs sind fünf Granaten auf verschiedene Punkte der Stadt gefallen. Am Donnerstag vormittag wurde die Beschießung fortgesetzt und gegen 70 Granaten flogen in fast alle Teile der Stadt. Die französische Artillerie erwiderte die Beschießung heftig.“

Vom Seekrieg

Das Fischergeschiff „Dahspring“ wurde in der Nordsee versenkt. Die Besatzung wurde gerettet.

Die Dampfer „Vendisj“ und „Noordam“ der Holland-Amerika-Linie mußten ihre Post in England aus-schiffen.

Infolge des verschärften Unterseeboot-Krieges sind seit vier Tagen keine englischen Dampfer mehr in holländischen Häfen eingelaufen.

Die Pariserer Neubereitungen zeigen für den Monat Februar 11 Schiffe als überfällig an.

Der englische Dampfer „Baron Katry“ begegnete 150 Meilen östlich von Malta einem deutschen Unterseeboote, das den „Baron Katry“ beschoß. Das Feuer wurde von ihm, da er ein dreißigfüßiges Geschütz an Bord hatte, erwidert, und es kam zu einem Feuergefecht, das über eine Stunde dauerte. Dank seines Geschützes soll es dem englischen Schiff gelungen sein, das Unterseeboot am Gebrauch von Torpedos zu hindern und zu entkommen.

In Amsterdamer Schiffsverkehrsreisen wird mit Bestimmtheit versichert, daß vor der Sumbremündung der englische Torpedobootszerstörer „Murah“ gesunken sei. 22 Mann der Besatzung seien ertrunken.

Der Torpedobootszerstörer „Murah“ steht im „Nauticus“ nicht verzeichnet; es ist daher anzunehmen, daß es sich um ein ganz neues Schiff handelt, das der 1914 in Bau genommenen N-Klasse angehört, vorausgesetzt, daß der Name nicht verstimmt ist. Anderenfalls könnte z. B. der 1913 vom Stapel gelaufene Zerstörer „Muran“, ein Schiff von 1000 Tonnen Displacement, 34 Knoten Geschwindigkeit und 120 Mann Besatzung, in Frage kommen.

Deutsches Reich

Der Kommandant S. M. S. „Röwe“, Korvettenkapitän Graf Dohna-Schobden ist zum Bericht über seine Reise ins Hauptquartier zum Kaiser befohlen worden. Der Kaiser hat ihm seine besondere Anerkennung ausgesprochen und ihm persönlich den Orden Pour le mérite überreicht.

In Deutschland wurden an Unterstützungen für Kriegerfamilien rund 2,6 Milliarden Mark ausgegeben.

Der frühere badische Regierungspräsident v. Hartmann, Bruder des Kardinal-Erzbischofs von Köln, ist am Montag in Münster infolge eines am Sonnabend erlittenen Schlaganfalls gestorben.